



Wer verteidigt unsere Sicherheit jetzt am Hindukusch?

„Unter Führung von **Peter Struck** (SPD) bekam die Bundeswehr im Mai 2003 neue Verteidigungspolitische Richtlinien. Die Kernaussage dieser Richtlinien hatte Struck bereits am 4. Dezember 2002 am Beispiel des Afghanistan-Einsatzes erläutert: ‚Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.‘“ Wikipedia

Es treibt einem die Zornesröte ins Gesicht, wenn man in den Medien miterleben muss, wie die Terrororganisation „Taliban“, die verharmlosend als „radikalislamische Aufständische“ bezeichnet wird, Provinz für Provinz erobert und offenbar kaum auf Gegenwehr der Regierungstreitkräfte stößt.

Im *Tagesspiegel* werden heute verstörende Aussagen des früheren Vizekanzlers und Bundesaußenministers **Joschka Fischer** (Grüne) (1998-2005) zitiert: „Gemeinsam mit dem damaligen Bundeskanzler **Gerhard Schröder** (SPD) hatte Fischer im Jahr 2003 entschieden, ein Bundeswehr-Kontingent in den Norden Afghanistans zu schicken. **Wir mussten dorthin aus Bündnissolidarität**“, sagte er nun.“ Das klingt fast entschuldigend, auf jeden Fall zeugt es von einer gewissen Unwilligkeit, sich überhaupt an dem Einsatz beteiligt zu haben.

Zur Eroberung Kabuls, wo noch bis Mai die Bundeswehr halbwegs für Ruhe und Ordnung sorgte, sagt Fischer: „**Es beginnt eine neue Schreckenszeit für die Afghanen.**“ Fischer rechnet, so der *Tagesspiegel*, „mit einer Verschlechterung der Lage in ganz Afghanistan.“ Wer hätte das nur ahnen können? Fischer legt noch eins drauf: **Die Kundus-Eroberung sei aber „von uns nicht zu verhindern“** gewesen. Wie auch, wenn die Truppen abgezogen wurden. „Experten“ warnen „vor der Eroberung des gesamten Landes durch die radikalislamischen Aufständischen.“, lesen wir wenig überrascht im *Tagesspiegel*.

Man muss kein Experte sein, um allein mit gesundem Menschenverstand zu der gleichen Erkenntnis zu gelangen. **Es ist immer noch nicht gelungen, alle afghanischen Bürger, die für die Bundeswehr gearbeitet haben, nach Deutschland auszufliegen und damit in Sicherheit zu bringen.** Wir lassen diese Menschen schutzlos zurück und ehemalige Politiker sondern kluge Sprüche ab. „*Entscheidend wird Kabul und was dann passiert sein, meint der Ex-Minister mit Blick auf die afghanische Hauptstadt.*“ Was wird wohl dann passieren, lieber Herr Fischer? Die „Taliban“ werden jedweden demokratischen Fortschritt, der in

den letzten Jahren erreicht wurde, zurück in die Steinzeit treten. Darunter haben vor allem Frauen zu leiden, deren erstrittene Rechte ihnen wieder genommen werden.

Anerkennenswert sind die Bemühungen des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, **Norbert Röttgen** (CDU), der vor einem „internationalen Deaster“ warnt und laut *Frankfurter Allgemeine Zeitung* „einen Beitrag der Bundeswehr zu einem neuen Militäreinsatz gegen die Taliban zur Debatte stellt.“ **„Es darf jetzt nicht zugelassen werden, dass sie (die Taliban) militärisch einseitig Fakten schaffen.“** Denn „dann bestehe auch keine Aussicht mehr auf eine politische Lösung.“ Völlig richtig. Lieber heute als morgen zurück nach Afghanistan. Die „Taliban“ waren übrigens nie an einer politischen Lösung interessiert.

Das Problem ist natürlich, dass Deutschland nicht allein tätig werden kann. Aus den USA sind keine Signale zu vernehmen. Die Worte von Röttgen, dass „die internationale Gemeinschaft auch im Interesse eigener Sicherheit die Entwicklung stoppen müsse“, werden in Washington nicht gehört. Die Sicherheit der USA wird nicht am Hindukusch verteidigt, sondern an den Küsten von Atlantik und Pazifik.

Afghanistan wird eher über kurz als lang wieder von den „Taliban“ beherrscht werden. Das Land wird damit erneut zur größten Terrorzelle auf diesem Globus. Kann sich die Welt das leisten?

Der freiheitliche Westen wird erneut versagen, wenn die Menschen in Afghanistan um Hilfe bitten. Die Situation in der DDR, Ungarn, Tschechien und Belarus war und ist anders als in Afghanistan. In Afghanistan kämpfen die Menschen dafür, nicht von Terroristen unterjocht zu werden. In den genannten Ländern wollten sich die Menschen vom kommunistischen Joch befreien: am 17. Juni 1953 in der DDR, am 23. Oktober 1956 in Ungarn, am 20. August 1968 in der damaligen Tschechoslowakei und aktuell in Belarus. Die Menschen haben vom Westen mit seinen großartigen Demokratien und seinen Menschenrechten nichts zu erwarten. Menschenrecht gelten nur im eigenen Land. Anderswo belässt man es mit Solidaritätsadressen.

Natürlich ist das blauäugig. Was sollte die freie Welt denn machen; mit der Sowjetunion oder dem heutigen Russland einen Krieg beginnen? In Afghanistan sieht die Lage anders aus. Hier könnte geholfen werden, zuallererst von den Vereinten Nationen. Noch blauäugiger, denn im Sicherheitsrat wird keine Resolution beschlossen und kein Blauhelm losgeschickt werden. Afghanistan ist verloren. **Ed Koch**